

Hamburg, den 22.03.2021

Pressemitteilung des Hamburger Landschafts- und Klimaschutzverbandes e.V.

Der HLKV fordert ein sofortiges Wohnungsbaumoratorium – Stopp einer Zerstörung von Grünflächen JETZT!

Corona verändert unsere Gesellschaft und die Art wie wir leben in bisher unbekanntem Ausmaß. Die Pandemie wird auch zu tiefgreifenden Änderungen in einer Stadt wie Hamburg führen. So hat beispielsweise die Antwort auf die Frage, inwieweit künftig weiterhin ein hoher Bedarf an Büro- oder Gewerbeflächen existiert, einen unmittelbaren Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung. Vielleicht ergeben sich sogar Chancen, große innerstädtische Bereiche, die abends und am Wochenende praktisch menschenleer sind, zu neuem Leben zu erwecken. Vielleicht liegt in der Umwidmung nicht mehr benötigter Büroflächen eine Perspektive, Wohnraum zu schaffen. Die Innenstadt ist verkehrstechnisch hervorragend angebunden und bietet darüber hinaus eine hohe Lebensqualität. Kopenhagen und Amsterdam können hier als Vorbild dienen.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fordert der Hamburger Landschafts- und Klimaschutzverband e.V. (HLKV) den Hamburger Senat auf, sofort die Zerstörung städtischen Grüns auszusetzen, egal ob es sich um die Bebauung von Hinterhöfen, Schrebergärten oder Landschaftsschutzgebieten handelt. Zunächst einmal müssen die bereits versiegelten innerstädtischen Flächenpotentiale erfasst und genutzt werden.

Neben diesem Moratorium regt der HLKV die Durchführung einer Volksbefragung zur Ausgestaltung der weiteren Hamburger Wohnungsbaupolitik an. Die Entwicklung unserer Stadt ist viel zu wichtig, als dass sie in nicht öffentlichen Absprachen in Hinterzimmern festgelegt werden darf.

Niels Hanßen, Vorstand des HLKV: „Wir fordern eine sofortige Beendigung der Grünvernichtung in unserer Stadt. Die aktuelle Politik richtet sich gegen die Belange der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, da sie unser Lebensumfeld nachteilig und unumkehrbar verändert. Dass sich Rot-Grün die Corona bedingten Einschränkungen der Bürgerrechte zu Nutze macht um Fakten zu schaffen, ist nicht nur unanständig, sondern macht fassungslos und wütend. Schon in normalen Zeiten ist die hochgelobte Bürgerbeteiligung ein schlechter Witz und verhöhnt die Interessen der Menschen in politischen Entscheidungsprozessen. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, ist eine Volksbefragung daher unbedingt erforderlich“.

Für Rückfragen: Michael Schütt Telefon 0178 299 7999